

Ingar Solty
Institut für Gesellschaftsanalyse
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Straße der Pariser Kommune 8
10243 Berlin
E-Mail: ingar.solty@rosalux.org

**Schriftliche Stellungnahme zur Öffentlichen Anhörung durch den Auswärtigen Ausschuss
des Deutschen Bundestages am 17. Oktober 2022**

"Systemische Konkurrenz" von liberalen Demokratien und autoritär geführten Staaten: Handlungsstrategien zur Wahrung der regelbasierten internationalen Ordnung

Befördert durch den russischen Überfall auf die Ukraine verdeckt die „systemische Konkurrenz“ und der ideologische Gegensatz von „liberalen Demokratien und autoritär geführten Staaten“ einen latenten Interessengegensatz zwischen den USA und Deutschland/der EU. Er führt unweigerlich in eine neue Blockkonfrontation. Diese wäre nicht nur eine große Gefahr für Frieden und Sicherheit in Europa und Eurasien, sondern auch das Ende von industrieller Basis, Wohlstand, Sozialstaatlichkeit und liberaler Demokratie in Deutschland. Zugleich verbaut er politisch und finanziell den klimapolitisch unabdingbaren sozialökologischen Umbau und globalen Klimamultilateralismus.

1. Die Formel „regelbasierte internationale Ordnung“ wirft grundsätzliche Fragen auf: Nach ihrer universell-abstrakten Gültigkeit, nach Anspruch und Wirklichkeit derer, die sie im Mund führen, und nach der Vereinbarkeit von Systemkonkurrenz und Multilateralismus.

Als Deutschland zum 1. Januar 2019 zum insgesamt sechsten Mal seinen Sitz im UN-Sicherheitsrat antrat, hieß es seitens der damaligen Bundesregierung in einer Kampagnenbroschüre: „„Als global vernetztes Land setzen wir uns für eine regelbasierte Weltordnung ein, die von der Stärke des Rechts und nicht durch das Recht des Stärkeren geprägt ist.“ Ähnlich schrieben in einem Gastbeitrag für die *Süddeutsche Zeitung* die damaligen Außenminister Deutschlands und Frankreichs Heiko Maas (SPD) und Jean-Yves Le Drian (ein Jahr zuvor aus der Parti Socialiste ausgetreten): „Die internationale Ordnung steht unter massivem Druck. Einige Akteure setzen verstärkt auf Machtpolitik und untergraben die Idee einer regelbasierten Ordnung, um das Recht des Stärkeren durchzusetzen (...). Das Resultat von Großmachtwettbewerb und wachsendem Nationalismus ist eine zunehmend zersplitterte Weltordnung - politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich. – Um diesem Trend etwas entgegenzusetzen, müssen gleichgesinnte Staaten gemeinsame Sache machen und ihren Einsatz für

den Multilateralismus verdoppeln. Frankreich und Deutschland wollen dabei Vorreiter sein. Gemeinsam mit unseren europäischen Partnern setzen wir auf multilaterale Zusammenarbeit und eine regelbasierte Weltordnung. Wir sind davon überzeugt, dass ein neues Bekenntnis zum Multilateralismus, eine Allianz für den Multilateralismus, notwendiger denn je ist, um die regelbasierte Weltordnung zu stabilisieren, ihre Prinzipien zu wahren und dort, wo notwendig, auch an neue Herausforderungen anzupassen (...).“⁴¹

Seit einigen Jahren behaupten deutsche Bundesregierungen in diesem Sinne von sich, dass sie die Gesetzesherrschaft oder Herrschaft des Rechts („rule of law“) ins Zentrum ihrer außenpolitischen Orientierung stellen. Vergangene und die aktuelle Bundesregierung nehmen damit für sich in Anspruch, in diesem Sinne liberal zu sein. Der Liberalismus behauptete historisch von sich, an die Stelle der Willkürherrschaft Einzelner das über parlamentarische Kontrollinstitutionen geschaffene Recht zu setzen, das auf einer Volkssouveränität beruht, die sich nicht länger transzendent – von Gott und Königen als Gottes Stellvertretern auf Erden – ableitet, sondern immanent aus dem Willen der Bevölkerungen in einem Staatsgebiet. Dass der Liberalismus dabei historisch grundsätzlich antidemokratisch ausgerichtet war und systematisch breite Teile der Bevölkerung sowohl im Inland als auch in den imperialistisch unterworfenen Kolonien vom Wahlrecht ausschloss, dieses Recht im Inland erst durch Arbeiter- und Frauen- und im Ausland durch antiimperialistische Bewegungen unter vielen Opfern erkämpft werden musste und dass der Liberalismus seither das allgemeine Wahlrecht durch Machtzentralisierung, Entpolitisierungen (etwa der Geldpolitik usw.) und andere antidemokratische Maßnahmen untergräbt, sei an dieser Stelle wenigstens erwähnt.

Prinzipiell war und ist die bürgerlich-liberale Gesetzesherrschaft als Alternative zur feudalistischen Willkürherrschaft trotzdem ein historischer Fortschritt gewesen. Auch international gilt: Die Vereinten Nationen sind zwar von einer demokratischen Weltgemeinschaft weit entfernt. Das herrschende Recht – nach Artikel 102 der UN-Charta sind beim UN-Generalsekretariat sind heute etwa 600 multilaterale und mehr als 55.000 völkerrechtliche Verträge registriert, die Fragen der Abrüstung, der Menschenrechte, des Handels, des Völkerstrafrechts, des internationalen Umweltrechts, des Rechts der zivilen Luftfahrt und des Weltraumrechts regeln – ist immer zugleich ein Ausdruck von Kräfte-, das heißt Machtverhältnissen. International spiegelt das Völkerrecht einen Kompromiss zwischen den starken und den schwachen Staaten wieder. Das Demokratiedefizit der Vereinten Nationen mit der Existenz des UN-Sicherheitsrates (im Gegensatz zur UNO-Vollversammlung) etwa ist Ausdruck dieser internationalen Machtasymmetrien. Die Nationalstaaten selbst wiederum handeln auf der Grundlage von nationalen historischen Klassenkompromissen. Die Aufnahme von sozialen Rechten in die UN-Charta nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs spiegelt – ähnlich den nationalen Verfassungen der Nachkriegszeit (Italien, Frankreich, auch beide deutschen Staaten) – Lehren aus der Kapitalismuskrisis der 1930er Jahre, dem Faschismus und den beiden Weltkriegen, kurz dem „Zeitalter der Katastrophen“

(Eric Hobsbawm), wieder. Insofern aber sich die Kräfteverhältnisse zwischen und innerhalb der Staaten wandeln, Hegemonialmächte auf- und absteigen, bleibt auch das Völkerrecht umkämpft und Bestrebungen unterworfen, sich seinen Regelungen zu entziehen oder diese nach eigenen nationalen Interessen zu modifizieren.

Viele Zielsetzungen der UN-Charta und anderer Vertragswerke existieren bestenfalls nur auf dem Papier. Es fehlt ein demokratischer Weltstaat, der sie durchsetzen könnte. Bereits existierende oder noch zu schaffende globale soziale Rechte werden am Ende des Tages immer noch von den internationalen Arbeiter:innenbewegungen und ihren verbündeten gesellschaftlichen Kräften gegen die herrschenden Interessen durchgesetzt. Das Recht ist und bleibt, wie gesagt, selbst ein institutionalisierter Ausdruck von Kräfteverhältnissen zwischen Klassen und unter den Staaten. Aber in einer anarchischen Staatenwelt schützt das (Völker-)Recht wenigstens in der Theorie und in der Tendenz die Starken vor den Schwachen und verhindert, dass die starken Staaten nach dem Recht des Stärkeren agieren und ihre Interessen mit Gewalt durchsetzen. Hiergegen setzt das Völkerrecht ein weitreichendes Gewaltverbot. Dies ist einer Welt nach den Gesetzen des Dschungels freilich vorzuziehen.

Kurz, die Orientierung auf eine Verrechtlichung der internationalen Verhältnisse in Ermangelung eines demokratischen Weltstaats ist also an und für sich begrüßenswert. An die Behauptung der vergangenen und aktuellen Bundesregierung, sie setze sich für die Gesetzherrschaft („rule of law“) ein, knüpfen sich, wenn dies international glaubwürdig und damit zielführend sein soll, indes drei Fragenkomplexe: (1.) Welche Regeln sind hiermit eigentlich gemeint, abstrakt-universelle mit wenigstens potenzieller Gültigkeit für alle Menschen und Staaten oder die einzelner, besonders mächtiger Staaten? Wie universell oder universalisierbar sind diese Regeln beziehungsweise umgekehrt: Wessen Interessen spiegeln diese Regeln wieder? (2.) Wie steht es um Anspruch und Wirklichkeit der deutschen Politik? Hält sich Deutschland überhaupt selbst an die Regeln, von denen es behauptet, sie wolle ihnen selbst folgen und ihnen international Geltung verschaffen? (3.) Wie passt eigentlich das Plädoyer für den Multilateralismus mit der Orientierung auf eine „systemische Konkurrenz“ und die Entgegensetzung von liberalen und autoritären Staaten zusammen?

2. Die sogenannten liberalen Staaten, auch Deutschland, halten sich nicht an ihre eigenen Regeln, Anspruch und Wirklichkeit klaffen jäh auseinander.

In einer anarchischen Staatenwelt beziehungsweise einem System konkurrierender kapitalistischer Nationalstaaten sind Fragen der Internationalen Beziehungen zuvorderst Fragen der friedlichen Koexistenz und Friedenswahrung, das heißt der Vermeidung, dass Krieg, so wie heute seitens Russland in der Ukraine, als Mittel der Politik zum Einsatz kommt. Eine wesentliche Erkenntnis der

Friedensbewegung war und ist: Der Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts. In diesem Sinne wäre eine regelbasierte Ordnung eben eine, die den globalen Frieden sichert, die Verhältnisse der Staaten untereinander verrechtlicht und Gewalt als Mittel der Durchsetzung von nationalen Interessen ächtet. Die UN-Charta beinhaltet entsprechend nach Art. 2 Nr. 4 ein umfassendes Gewaltverbot. Die Anwendung militärischer Gewaltmittel ist nur in zwei klar definierten Ausnahmesituationen erlaubt: wenn der UN-Sicherheitsrat Gewaltanwendung autorisiert oder als ein Recht zur Selbstverteidigung. Der Bruch dieses Rechts durch Russland wurde von der Bundesregierung in Syrien ebenso kritisiert wie heute im Kontext des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine der Bruch des Budapester Memorandums von 1994, das im Austausch für den ukrainischen, belarussischen und kasachischen Verzicht auf sowjetische Atomwaffen diesen Staaten die territoriale Integrität garantierte. Diese Kritik ist richtig und wichtig und ist unmissverständlich zu formulieren. Zugleich aber darf Kritik nicht mit zweierlei Maß messen. Denn auch die USA und andere (NATO-)Verbündete Deutschlands haben das Völkerrecht immer wieder selbst gebrochen. Diesbezüglich handelten vergangene Bundesregierungen und auch die aktuelle jedoch häufig doppelmoralisch und ließen ihre Verbündeten gewähren. Mehr noch: Deutschland war und ist immer wieder selbst Urheber von Rechtsverletzungen gewesen und hat zur Erosion des Völkerrechts in den letzten dreißig Jahren selbst beigetragen. Während der Bombardierung Serbien-Montenegros durch die NATO im Kosovokrieg 1999 hat sich die damalige Bundesregierung beispielsweise selbst an diesem Bruch des Völkerrechts beteiligt und mit der ebenso völkerrechtswidrigen Abspaltung des Kosovo eine „Büchse der Pandora“ geöffnet, wie dies im Nachhinein auch der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder anerkannteⁱⁱ; und als im April 2017 und April 2018 die USA mit Waffengewalt auf den gemutmaßten Einsatz von Chemiewaffen in Syrien reagierten (2018 mit Unterstützung seitens Großbritannien und Frankreich), was nach Einschätzung im Grunde sämtlicher führenden Völkerrechtler ein eindeutiger Bruch des Völkerrechts war, weil es die Rückkehr der „bewaffneten Repressalie“ ins Völkerrecht bedeute, weigerte sich die Bundesregierung diesen als einen solchen zu benennen.ⁱⁱⁱ Im Gegenteil, die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) billigte das Vorgehen ausdrücklich als „erforderlich und angemessen“ und der damalige Außenminister Heiko Maas (SPD) behauptete im Auswärtigen Ausschuss, die Angriffe seien vom Völkerrecht gedeckt. Allein der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestags stellte sich 2018 auf den Boden des Völkerrechts, als er in einem Gutachten die Angriffe von 2017/2018 „einhellig als völkerrechtswidrig“ einzustufen ansah, weil der „Einsatz militärischer Gewalt gegen einen Staat, um die Verletzung einer internationalen Konvention durch diesen Staat zu ahnen, (...) einen Verstoß gegen das völkerrechtliche Gewaltverbot“ darstelle. „Wie sollen wir uns noch über Verletzungen des Völkerrechts beschweren, wenn wir es aus noch so guten moralischen oder realpolitischen Gründen selber verletzen?“, kommentierte seinerzeit auch der SPD-

Bundestagsabgeordnete Swen Schulz das von ihm zusammen mit der Linksfraktion in Auftrag gegebene Gutachten.^{iv}

Ebenso mit zweierlei Maß maß die Bundesregierung, wenn die frühere Bundeskanzlerin Angela Merkel die gezielte Tötung von Individuen auf dem Staatsgebiet souveräner Staaten ohne Gerichtsverfahren durch die USA tolerierte und auch nichts Kritisches verlautbaren ließ, als die USA gegen eine UN-Resolution die US-Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem verlegten, aus dem internationalen Atomabkommen mit dem Iran ausstiegen oder zunächst die USA und dann Russland den INF-Vertrag aufkündigten. Die Bundesregierung betone gerne, schreibt Helmut Philipp Aust, Professor für Öffentliches Recht und die Internationalisierung der Rechtsordnung an der Freien Universität Berlin, „dass Deutschland für eine regelbasierte internationale Ordnung stehe. Das völkerrechtliche Gewaltverbot ist ein zentraler Eckpfeiler dieser Ordnung. Es zu verteidigen sollte Anliegen der deutschen Bundesregierung sein – auch gegenüber den westlichen Verbündeten (...). Die Überzeugungskraft einer Politik, die auf Einhaltung des Völkerrechts pocht, hängt (...) davon ab, dass Doppelstandards möglichst vermieden werden.“^v

Auch heute sieht man, wie die neue Bundesregierung in Bezug auf die Frage von Krieg und Frieden und internationalen Regelbrüchen mit zweierlei Maß misst. Suggestiert wurde von der Bundesregierung, dass man einem Land, das angegriffen worden ist, militärisch beistehen müsse. Es war Jürgen Habermas, der den wichtigen Einwand erhob, dass ein solcher moralischer Automatismus nicht existiere, sondern man dazwischen eine Wand der Vernunft und der Debatte einziehen [müsse](#).^{vi} Nicht jeder muss Habermas' Meinung teilen. Einen solchen moralischen Automatismus und die Logik des Militärischen jedoch einmal vorausgesetzt, würde man davon ausgehen, dass die Bundesregierung heute sowohl auch Waffen an die Kurden in den demokratischen Selbstverwaltungsregionen in Nordsyrien und dem Nordirak liefert, damit sie sich gegen die Invasion und Gewalt seitens der autokratisch regierten Türkei verteidigen können, und an die jemenitische Bevölkerung, die von der Golf-Diktatur Saudi-Arabien schon seit Jahren mit einem völkermörderischen „fossilen Krieg“ überzogen wird.

Das Gegenteil aber ist der Fall: Während die türkische Luftwaffe im Windschatten des Ukrainekriegs Infrastruktur bombardierte, das teilweise annektierte Gebiet mit einem Drohnenkrieg überzog und dabei auch die für die Region vorbildlichen demokratischen Selbstverwaltungsstrukturen in Nordsyrien vernichtete, reiste Außenministerin Annalena Baerbock nach Syrien und twitterte am 4. März 2022: „Nach unzähligen Telefonaten in den letzten Wochen haben wir uns am Rande des NATO-Treffens endlich persönlich sprechen können: vielen Dank, Mevlut Cavusoglu, für unsere starke deutsch-türkische Partnerschaft! In der Russland-Krise stehen wir zusammen.“^{vii} Noch in den Tagen unmittelbar zuvor hatte die türkische Regierung gerade ihren Luftkrieg im Nordosten Syriens (u.a. in Til Temir, Tirbespiyê, Qamişlo und Amûdê) intensiviert. Zwei Wochen später weitete der autokratische türkische

Präsident Recep Erdogan seinen Krieg auf den Irak aus und betonte, er werde dort „Köpfe zermalmen“.^{viii} Auch dies geschah unter Billigung der Bundesregierung, während heute Erdogan auch die Bedingungen für die Aufnahme Schwedens und Finnlands in die NATO diktieren darf.

Auch in Bezug auf die im Inland wie im Ausland für erhebliche Menschenrechtsverletzungen verantwortliche saudische Golfdiktatur sieht die Lage nicht anders aus: Ende September 2022 genehmigte etwa das Wirtschafts- und Energieministerium Rüstungsexporte im Wert von 38,8 Millionen Euro nach Saudi-Arabien und ermöglicht mit der Lieferung von Ersatzteilen und Munition für die Kampfflugzeuge Tornado und Eurofighter unmittelbar den verbrecherischen Krieg gegen die Zivilbevölkerung im Jemen. Die Bundesregierung übergang damit den seit November 2018 geltenden Exportstopp und eine entsprechende Vereinbarung im Koalitionsvertrag der Regierungsparteien SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP. Verhängt worden war der Exportstopp damals wegen des Mordes an dem Journalisten Jamal Khashoggi im saudischen Generalkonsulat in Istanbul. Als Rechtfertigung für die Maßnahme bemühte Außenministerin Baerbock im Rahmen der Bundesdelegiertenkonferenz ihrer Partei vom vergangenen Wochenende ausgerechnet das Argument, dass Rüstungsexporte nötig seien, damit man „nicht Verteidigung gegen Sozialausgaben abwägen“ müsse.^{ix} Ob sie wohl auch daran dachte, dass schon für die im Februar verkündeten und im Juni mit einer Grundgesetzänderung beschlossenen 100 Milliarden Sonderschulden für die Bundeswehr wesentliche sozialpolitische Zielsetzungen der Ampel-Koalition wie die Kindergrundsicherung offensichtlich vom Tisch sind – und das ausgerechnet während die Inflation laut Statistischem Bundesamt mit 10,0 Prozent heute auf dem höchsten Stand seit 1951 ist,^x 60 Prozent aller Haushalte in Deutschland nach neuesten Berechnungen des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands „für die laufenden Ausgaben ihre gesamten monatlichen Einkünfte“ oder mehr verbrauchen,^{xi} ein Drittel aller Haushalte nach Angaben der jährlich europaweit durchgeführten Umfrage der Bank ING der Inflation schutzlos ausgeliefert sind, weil sie über keinerlei Ersparnisse verfügen,^{xii} also auch nicht in der Lage sind, die laufende Verarmung breiter Volksmassen in irgendeiner Form individuell abzufedern, und zugleich die Tafeln für die Bedürftigen es mit einem solchen Andrang auch aus den früheren Einkommensmittelklassen zu tun haben, dass sie hungernde Menschen nach Hause schicken müssen^{xiii} und Tafel-Schließungen drohen?^{xiv}

Die Beispiele zeigen, wie sehr Anspruch und Wirklichkeit Deutschlands in Sachen einer Orientierung auf eine „regelbasierte internationale Ordnung“ und „werteorientierte Außenpolitik“ auseinanderklaffen. Die Widersprüche erschöpfen sich indes nicht nur im Wegschauen bei Zuwiderhandlungen der liberal oder autoritär regierten NATO-Verbündeten und im gelegentlichen Mittun, wie etwa im Kosovokrieg oder im Umgang mit Kriegsverbrechern in den eigenen Reihen, etwa im Afghanistankrieg. Anspruch und Wirklichkeit klaffen insbesondere in Bezug auf alle anderen multilateralen Verträge schroff Weise auseinander, weil Deutschland hier in den letzten Jahren immer wieder die eigenen Verträge gebrochen hat, von der Euro- bis zur Migrationskrise 2015. Jörg Lau,

Außenpolitischer Koordinator im Ressort der ZEIT, schreibt zurecht: „Berlin hatte zuletzt in manchen Jahren deutlich mehr EU-Vertragsverletzungsverfahren am Hals als etwa Rom oder Budapest – peinlicher Weise auch noch oft in Umweltfragen, in denen man Avantgarde zu sein beansprucht. Dass Deutschland in der EU so häufig mit dem Regelwerk in Konflikt kommt wie keine andere Mitgliedsnation, wird hierzulande ausgeblendet, weil es nicht ins Selbstbild passt. Wohl aber ins Bild, das Deutschlands Partner sich gemacht haben: ‚Ihr versteckt eure Macht hinter wolkigen Formeln, dabei seid ihr in der EU der Stärkere, dessen Recht sich oft durchsetzt. Es ist ja normal, dass ihr eure Interessen verfolgt. Unerträglich wird es nur, wenn ihr dies versteckt und behauptet, stets nur im Sinne der Allgemeinheit zu handeln.‘“ So hätten es in der Eurokrise die südeuropäischen Staaten gesehen, „deren Verschuldung moralisch verdammt wurde, während die Rettung des Binnenmarkts mit vielen Milliarden (ein klares deutsches Interesse) zur selbstlosen Tat verklärt wurde.“ Und so hätten es in der Migrationskrise auch die östlichen Nachbarstaaten gesehen, „als Deutschland ohne Abstimmung die Dublin-Regeln suspendierte und dann die Osteuropäer schalt, als diese nicht wie in Brüssel verabredet Flüchtlinge aufnehmen wollten.“ Deutschlands Fokussierung auf die „regelbasierte Ordnung“ sei, so Lau richtig, „nicht frei von Heuchelei (...). Die Stilisierung Deutschlands zum Champion der regelbasierten Ordnung eine schwer erträgliche Selbstgerechtigkeit aus (...).“ Es spräche nichts „gegen den Kampf für die regelbasierte Ordnung! Aber er sollte vielleicht mit einem tiefen Blick in den Spiegel beginnen.“^{xv}

2. Die Behauptung, man orientiere auf eine „regelbasierte internationale Ordnung“, kaschiert die eigenen nationalen Interessen. Das ist nicht nur doppelamoralisch. Insofern es in der internationalen Politik um den Ausgleich von Interessen geht, ist es zudem in seinem Absolutheitsanspruch auch politisch gefährlich.

Die deutsche Heuchelei und Doppelamoral, das Messen mit zweierlei Maß, die eigenen Vertragsbrüche müssen indes erklärt werden. Es reicht nicht, anzuprangern, dass sie passieren und zu beten, zukünftige Regierungen könnten sich doch, Herrgott!, moralisch verhalten, um dann im Nachhinein oft eines Besseren belehrt zu werden. Der entscheidende Punkt ist: Hinter der ostentativ vor sich hergetragenen Moral verbergen sich handfeste Interessen. Dies betont auch Jörg Lau, wenn er schreibt: Hier werde „ein außenpolitisches Ziel moralisch verbrämt“. Dabei diene die „rule of law“-Rhetorik „zunächst einmal schlicht den begrenzten Machtmitteln einer Mittelmacht (...): Regeln als Instrument, um andere Akteure im eigenen Interesse zu Wohlverhalten zu zwingen. Dass dieses Interesse versteckt wird und man sich selber nicht an die Regeln hält, löst bei Partnern einen Widerwillen aus, den Berlin offenbar immer noch unterschätzt.“^{xvi}

Unglaublichkeit doppelamoralischen Verhaltens ist indes nicht nur ein Problem der Moral oder dass es die Durchsetzung der eigenen „nationalen“ Interessen auch durch die gegenseitige Achtung von

verbindlich im eigenen und gemeinsamen Interesse eingegangen (Abrüstungs- usw.) Verträgen erschwert. Es begünstigt gleichermaßen entsprechendes Verhalten unter allen internationalen Staatsakteuren und blockiert strukturell internationale Kooperation, denn diese setzt Glaubwürdigkeit voraus. Auch der Ukrainekrieg ist nicht zuletzt ein Stellvertreterkrieg, in der das wechselseitige Vertrauen in friedliche Koexistenz, Kooperation usw. aufgebraucht ist. Ist Glaubwürdigkeit erst einmal verspielt, regieren nationale Alleingänge der Interessendurchsetzung, deren *ultima ratio* militärische Gewalt ist.

Die Rede von einer, bloß abstrakten Regeln folgenden, „werteorientierten Außenpolitik“ ist problematisch, weil sie hochgradig eskalativ ist. In meiner Arbeit habe ich mehrmals im Jahr mit einer mehr als 100 Bundeswehroffizieren zu tun, die im Rahmen der Stabsoffizierslehrgänge der Führungsakademie der Bundeswehr in die Rosa-Luxemburg-Stiftung kommen, um sich dort über Prärogative linker Außen-, Friedens- und Sicherheitspolitik zu informieren. Ich habe dort auch in diesem Jahr bestätigt gefunden, dass die hervorragend (aus-)gebildeten Offiziere i.d.R. sehr viel besonnener über Krieg und Frieden im allgemeinen und den Ukrainekrieg im Besonderen sprechen. Ein Grund, warum man mit ihnen so gut und sachlich diskutieren kann, ist, dass von Interessen her realistisch über Außenpolitik zu denken gelernt haben, sie die Grenzen des Militärischen oft aus eigener Erfahrung in Afghanistan, Mali oder anderswo erfahren haben und wissen, dass es im Zweifelsfall sie es sind, die den Kopf hinhalten müssen und ihr Leben oder ihre psychische Gesundheit riskieren. Über Interessen kann man nun aber kontrovers und abwägend, mit Sinn für Widersprüche, Dilemmata, Pfadabhängigkeiten und nichtintendierte Konsequenzen des eigenen Handelns diskutieren; „Werte“ hingegen läuft im Grunde genommen notwendig auf Totalisierung hinaus und sehr häufig auf das Herunterbeten selbstgerecht vor sich hergetragener Glaubenssätze, die die eigenen Interessen kaschieren oder sich dafür blind machen, die Existenz von Interessen des Gegners/Feindes negieren und durch „das Böse“ ersetzen, und die nach innen jede Kontroverse, jedes Abwägen, jedes Denken in Widersprüchen und Zusammenhängen, jeden Zweifel tendenziell verunmöglichen. Zugleich negieren sie nach außen auch alle Lehren aus dem Kalten Krieg und der Entspannungspolitik, weil sie selbst, wie Annalena Baerbock auf Twitter beziehungsweise bei „Anne Will“ oder Joe Biden in seiner Rede in Warschau rhetorisch maximal eskalieren, indem sie davon reden, eine Atommacht mit Sanktionen „ruinieren“ zu wollen,^{xvii} bis diese „jahrelang nicht mehr auf die Beine kommt“,^{xviii} oder sogar den Willen zu einem Regime-Change in Russland ankündigen^{xix} – etwas, das selbst auf der Höhe des Kalten Krieges und der Atomkriegsgefahr kein Staatschef, weder der USA noch der Sowjetunion, jemals wagte.

Die Aufgabe für die Politik besteht heute kurz- bis mittelfristig darin, dass Blutvergießen in der Ukraine durch einen Waffenstillstand und Verhandlungen zu beenden und die Eskalation des Krieges in der Ukraine (mit thermobaren, chemischen oder taktischen Atomwaffen) und über ihre Grenzen hinaus

unbedingt zu verhindern. Die jüngste Eskalation seitens der russischen Regierung mit erneuten Drohungen von Atomwaffeneinsätzen und die Forderung der ukrainischen Regierung nach atomaren Präventivschlägen sowie die Anschläge auf kritische Infrastruktur (durch welchen mutmaßlich staatsterroristischen Akteur auch immer) sind erschreckende Anzeichen, wie leicht ein Schlafwandeln in einen Dritten Weltkrieg mit Atommächten passieren kann. Die Versuche der osteuropäischen Staaten, die NATO in den Ukrainekrieg zu ziehen – von den Forderungen nach einer Flugverbotszone über die zeitweilige litauische Blockade von Transitstrecken nach Kaliningrad bis zur Unterstützung des Eilantrags des ukrainischen Präsidenten auf Aufnahme seines Landes in die NATO durch neun osteuropäische Staaten –, müssen zurückgewiesen werden. Das Gleiche gilt für Forderungen, wie sie schon nach dem Bekanntwerden der russischen Kriegsverbrechen in Butscha seitens des CDU/CSU-Oppositionsführers Friedrich Merz erhoben wurden, der auch über die Ausbildung von ukrainischen Soldaten in und außerhalb der Ukraine hinaus noch NATO-Truppen in der Ukraine selbst ins Spiel brachte.

4. „Systemische Konkurrenz zwischen liberalen Demokratien und autoritär geführten Staaten“ und die „regelbasierte internationale Ordnung“ sind Teil einer Konfrontationslinie der USA gegen China. Deutschland und die EU haben kein Interesse an einer solchen neuen Blockkonfrontation. Als Gesellschaft und Weltgemeinschaft können wir uns eine solche auch nicht leisten, wenn wir es mit sozialen (Menschen-)Rechten, dem Erhalt und der Weiterentwicklung liberaler Bürgerrechte und dem Klimaschutz ernstmeinen.

Entscheidend ist aber: Es ist unumgänglich, über den Interessengegensatz zwischen den USA und Deutschland/der EU zu sprechen. Um dies zu verstehen, muss man den Blick über den historischen Moment und die Region Osteuropa hinaus weiten. Die USA befinden sich als Hegemonialmacht und einzige Weltmacht schon länger im relativen Abstieg. Mit China ist ein Herausforderer entstanden. Seit Beginn dieses Jahrtausends ist das „Reich der Mitte“ von der verlängerten Werkbank der Welt zum Hochtechnologierivalen aufgestiegen. Von der Künstlichen Intelligenz, der 5. Mobilfunkgeneration und allen abgeleiteten Zukunftstechnologien („Big Data“, „Smart City“, autonomes Fahren, etc.) bis zu den grünen Technologien der klimapolitisch dringend gebotenen Energie- und Mobilitätswende (Hochgeschwindigkeitszüge, Photovoltaik, Windkraftanlagen etc.) ist China mittlerweile weitgehend ebenbürtig, wenn nicht längst Weltmarktführer. Die entscheidende friedens- und sicherheitspolitische Frage des 21. Jahrhunderts wird sein, ob der Aufstieg Chinas in der Weltordnung auf friedlichem Weg vollziehen kann oder nicht. In der Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft war der Abstieg von alten und der Aufstieg von neuen Hegemonialmächten immer wieder mit (welt-)kriegerisch ausgetragenen Rivalitäten verbunden. In der Politikwissenschaft und im Pentagon spricht man diesbezüglich von der Thukydides-Falle. Die zwischenimperialistische Konkurrenz vor dem Ersten Weltkrieg und ihre

Entladung als zwei Weltkriege mit annähernd 100 Millionen Toten mahnt uns: Geschichte darf sich nicht wiederholen. Alle Anstrengung ist darauf zu richten, dass es nicht zu einem Dritten Weltkrieg kommt.

Die USA haben auf den Aufstieg Chinas bislang mit mehreren gescheiterten Strategien reagiert. Der Irakkrieg von 2003ff. war auch ein Krieg um die Kontrolle der globalen Erdölversorgung gegen ein ressourcenarmes und in seinen Industrialisierungssprüngen entsprechend energiehungriges China. Flankiert war diese Politik George W. Bushs damals mit der 2004 avisierten Gründung einer „little NATO against China“ (USA, Japan, Australien, Indien). Das Scheitern der US-Irakkriegsstrategie angesichts des fürchterlichen Bürgerkriegs mit fast einer Million Toten im „War on Terror“ führte zu einer Neuorientierung auf Strategien der Seewegskontrolle im Geiste von Alfred Thayer Mahan. Die USA vollzogen unter Präsident Obama ihren „Schwenk nach Asien“, erklärten das 21. Jahrhundert zu „Amerikas pazifischem Jahrhundert“ (so Außenministerin Hillary Clinton in „Foreign Affairs“) und schufen sich mit ihrem „forward positioning“, d.h. der Militarisierung des Westpazifiks im Rahmen von zahlreichen bilateralen Militärabkommen, die Grundlagen für eine Politik der Seewegeblockade gegen China. Das „Reich der Mitte“ reagierte hierauf neben dem Aufbau eigener Militärkapazitäten u.a. auch mit der „One Belt/One Road“-Initiative, die einen signifikanten Teil der Handelswege von den internationalen Gewässern auf die eurasische Landmasse verlagerte und die ökonomische Integration derselben intensivierte – und damit aber auch die geopolitischen und geoökonomischen Rivalitäten daselbst. Der Handelskrieg unter Donald Trump und Joe Biden, der ihn nahtlos fortsetzt, zielt darauf ab, China von den internationalen Lieferketten für Mikrochips, die China noch nicht selbst produzieren kann, sondern von Unternehmen wie Intel importieren muss, abzukoppeln und somit in einer untergeordneten Stellung in der Hierarchie der internationalen Arbeitsteilung zu halten.

Im Ergebnis der globalen Finanzkrise hat sich China als hyperwettbewerbsfähig erwiesen. Die Strategie des Staatsinterventionismus und der staatsgelenkten Wirtschaft haben sich im Vergleich zu den US- und europäischen Exit-Strategien aus der Finanzkrise, die im Rahmen auch des EU-Fiskalpakts auf eine „innere Abwertung“ von Kosten und Löhnen, d.h. Austerität, abzielten, als überlegen erwiesen. Die USA und der „Westen“ stehen damit vor der Alternative, entweder Chinas Staatsinterventionismus mit allen militärischen wie nichtmilitärischen Mitteln zu unterbinden oder ihn selber im Rahmen einer sehr viel staatsaktiveren und mit der neoliberalen Orthodoxie des „ausgeglichene[n] Staatshaushalts“ brechenden Politik zu reagieren. Wenn die US-Regierung das Wort „regelbasiert“ im Mund führte, dann meinte sie hiermit namentlich die drei Ziele ihrer handelspolitischen Agenda: Durchsetzung US-amerikanischer Interessen an geistigen Eigentumsrechten (v.a. für ihre „natürlichen Monopole“ in der digitalen Wirtschaft), erleichterter Marktzugang für US-Konzerne und, ganz entscheidend und gegen China gerichtet, ein Ende der „illegalen Staatssubventionen“ („illegal government subsidies“). Die neue EU-Industriestrategie, die im März 2020 vorgestellt werden sollte, ausgerechnet zu Beginn der Corona-

Pandemie, die mit den zusammenbrechenden Lieferketten und temporären Beendigung selbst des Intra-EU-Handels für „strategische“ Güter des medizinischen Bedarfs die Grenzen der Just-in-time-Produktion aufzeigte und Prozesse der selektiven Deglobalisierung und Renationalisierung begünstigte, war Ausdruck einer strategischen Neuorientierung. Gleiches gilt für Joe Bidens innenpolitisch (leider) gescheitertes Großreformprogramm „Building Back Better“.

Der Ukrainekrieg fällt in den Kontext dieser Auseinandersetzungen. Die USA haben den Ukrainekrieg nicht gewollt, geschweige denn, wie von irren Verschwörungstheoretikern vermutet, die russische Regierung in eine Falle gelockt. Die USA profitieren aber maßgeblich von ihm als eine Art „glückliche (historische) Fundsache“ (Alain Lipietz). Die Integration Chinas in eine „regelbasierte Ordnung“, die nach WTO- und anderen Spielregeln funktioniert, die den „westlichen“ transnationalen Konzernen dienen, ist für die USA eine Mammutaufgabe. Es gibt für sie keine historische Vergleichsfolie. Sie müsste in etwa erfolgen wie die Integration Westdeutschlands, Japans und später Südkoreas in das „American Empire“. Letztere wurden indes auf dem Höhepunkt der ökonomischen, finanziellen, militär-politischen und kulturell-ideologischen Macht der USA in ihr Empire des „Westens“ bzw. – nach 1991 – „globalen Kapitalismus“ integriert: *Ökonomisch* kontrollierten sie in den unmittelbaren Nachkriegsjahren die Hälfte des globalen Bruttoinlandsprodukts, *handelspolitisch* schufen sie mit dem GATT (der heutigen WTO) eine Art „Weltkapitalismusverfassung“ im Interesse ihres expansionistischen Kapitals, *finanziell* hatten sie die Finanzarchitektur der Nachkriegszeit geschaffen (Bretton Woods, Weltbank, IWF, Bank für internationalen Zahlungsausgleich) mit dem US-Dollar als Weltgeld und der Wall Street als sicherstem internationalen Kapitalanlageplatz, *militärisch* hatten sie Deutschland, Japan und Korea besiegt und besetzt und waren unter den Alliierten überhaupt die einzige wirkliche Siegermacht des Zweiten Weltkriegs (angesichts von 27 Millionen Toten und einer völlig zerstörten Infrastruktur in der Sowjetunion und finanziell ausgebluteten Staaten Frankreich und Großbritannien), *ideologisch* befestigte ihre Rolle im Zweiten Weltkrieg sowie die Internationalisierung des „New Deal“ als keynesianischer Wohlfahrtsstaat den Selbstanspruch, eine antikoloniale Macht im Interesse von „freedom and democracy“ zu sein, und kulturell wurde diese Ideologie nicht zuletzt gerade durch die Anziehungskraft der drei H's – Hollywood, Harvard, Hippie-Bands (oder heute Hip-Hop-Künstler) – befestigt.

Heute allerdings sind die ökonomischen Machtressourcen der USA beschränkt, auch der Dollar ist nicht mehr unangefochten Weltwährung und alternative regionale Integrationsprojekte in Ostasien und Lateinamerika probieren Spielräume ökonomischer Unabhängigkeit. Hinzu kommt, dass China ein ungleich größerer Staat ist im Vergleich zu Japan, Westdeutschland oder Südkorea, der auch seinem Selbstverständnis nach sich in einem Prozess der „Wiedergeburt“ befindet, der das Land nach 250 Jahren Peripherisierung durch den westlichen Imperialismus und Kolonialismus bis 1949 wieder zurückbringen soll an den angestammten Platz als „Reich der Mitte“. Militärisch ist die Macht der USA

nicht zuletzt mit dem Netz von etwa 800 internationalen Militärbasen, ihrem alle anderen Länder überragenden Militärhaushalt und den atomaren Erstschlagkapazitäten ohne Vergeltungsmöglichkeiten usw. weiterhin hoch überlegen. Daran ändern auch die zweifellos erheblichen Nachholbemühungen seitens Chinas in den letzten zehn Jahren nichts. Und auch kulturell bleibt die Anziehungskraft der USA bestehen, gleichwohl die Grenzen der Glaubwürdigkeit der USA und des „Westens“ unterstrichen werden durch die Tatsache, dass acht der zehn bevölkerungsreichsten Staaten der Erde den russischen Krieg in der Ukraine nicht verurteilt haben. Die Behauptung, Russland sei international isoliert – die Isolierung beschränkt sich allein auf die USA und Europa minus Ungarn –, zeugt zweifellos von einer besonderen Hybris, die gefährlich ist, weil sie politische Fehleinschätzungen mit verheerenden Auswirkungen mit sich bringt. Das aktuellste Beispiel ist der Bumerang der europäischen Sanktionen gegen Russland, die dazu führen, dass die russischen Energieexporteinnahmen heute Rekordstände erreichen, obwohl nach Westen immer weniger Energie fließt und Deutschland nun russische Energie zu entsprechenden Mondpreisen aus Indien reimportiert. Kurz, die Machtressourcen der USA reichen heute voraussichtlich nicht aus, China einzudämmen und/oder in einen globalen Kapitalismus nach ihren Spielregeln zu integrieren. Sie sind entsprechend auf eine transatlantische Arbeitsteilung in dieser Hinsicht angewiesen, die es den USA erlaubt, sich mit den ihnen gebliebenen Machtressourcen voll und ganz auf China, ihren Hauptfeind, konzentrieren zu können und die „Sicherheit“ entlang der Grenzlinie Ukraine, Syrien, Libyen, Mali an die Europäer zu delegieren. Das ist damit gemeint, wenn Deutschland sich vom „Sicherheitskonsumenten“ in einen „Sicherheitsproduzenten“ verwandeln sollte. Die US-amerikanischen Forderungen an die europäischen NATO-Staaten, das 2 Prozent-Ziel der NATO – zwei Prozent des BIPs für Rüstungsausgaben jährlich – zu erfüllen, die unter Donald Trump mit der rhetorischen Preisgabe der Beistandsverpflichtung nach Artikel 5 des NATO-Vertrags einhergingen, waren und sind in diesem Sinne zu verstehen.

Nach der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten im November 2016, die mit der Untergrabung zahlreicher Vertragswerke einherging (Iran-Atomabkommen, INF-Vertrag usw.), orientierten Deutschland und die EU auf eine stärkere „strategische Autonomie“ Europas. Gemeint war damit auch, eine stärkere Unabhängigkeit der deutschen und europäischen Politik von den USA. Diese hatte im Rahmen des Aufbaus einer EU-Armee im Rahmen der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) und eines Finanzierungsmechanismus im EU-Haushalt selbst (Europäischer Verteidigungsfonds [EVF]) bedauerlicherweise eine stark militärische Ausrichtung. Einige stark proeuropäische EU-Funktionalisten nahmen das billigend in Kauf, weil in anderen Bereichen der Integration die Vertiefungsschritte stockten. Das Brexit-Referendum vom Juni 2016 lieferte Deutschland und Frankreich die Spielräume, weil das traditionell transatlantische Großbritannien bis hierhin als Bremser solcher militärischen (und anderer) Vertiefungen der EU-Integration agiert hatte und das Einstimmigkeitsprinzip nicht zuletzt aus Angst vor einer Reregulierung der Londoner Börse von

Großbritannien in die Einheitliche Europäische Akte von 1987 eingebracht worden war. Komplementiert wurde diese Politik einer europäischen Militarisierung durch eine neue deutsche Außenpolitik, die die Absicherung einer „globalisierungsabhängigen“ Wirtschaft notfalls auch mit militärischen Mitteln avisierte. Noch im November 2019 erklärte der französische Staatspräsident Emmanuel Macron in einem Interview im britischen „Economist“ die NATO für „hirntot“.^{xx} Wie schnell sich doch die Zeiten ändern! Heute kann die NATO vor Kraftstrotzen kaum gehen. Russlands Krieg in der Ukraine bedeutet für Putin neben der erheblichen militärischen Abnutzung im Ergebnis eine um mindestens 1.340 Kilometer verlängerte und über die bis hierhin schon existierende Machtasymmetrie zwischen (europäischen) NATO-Staaten und Russland hinaus noch sehr viel stärker hochgerüstete Grenzlinie zur NATO, die, wenn es nach manchen Interessen geht, noch durch die fest in die westliche Militärallianz Ukraine erweitert werden wird.

Mit dem russischen Überfall auf die Ukraine und den westlichen Sanktionen stellt sich die von den USA ersehnte transatlantische Arbeitsteilung endlich her. Deutschland hat mit seinem Viermaßnahmenpaket (100 Milliarden Euro Sonderschulden für die Bundeswehr und langfristige Orientierung am Zweiprozentziel; Aufstockung der Bundeswehrkontingente im Rahmen der „battlegroups“ an der NATO-Ostflanke; die kontraproduktiven, verfehlten Sanktionen gegen Russland, die die breite Bevölkerung und kaum die Machtelite um Putin selbst treffen; die Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine) in den Augen der US-Regierung endlich seinen Beitrag geleistet. Im Ergebnis des Krieges und ihrer eigenen Politik hat Deutschland sich in eine vierfache Abhängigkeit von den USA gebracht: Die traditionelle Machtasymmetrie im transatlantischen Verhältnis, das nach George Bush Sr. mal eine „partnership in leadership“ sein sollte, ist heute noch einmal bedeutend größer geworden. Im Kontext einer zunehmenden Militarisierung internationaler Beziehungen prägt sich dieser neue asymmetrische Transatlantizismus aus als eine (1.) zunehmende transatlantisch-militärpolitische Abhängigkeit Deutschlands, die sich heute schon darin offenbart, dass beinahe die Hälfte der 100 Milliarden Euro Rüstungsausgaben über den Kauf der F35-Kampfflugzeuge und die neuen Transporthubschrauber in die USA transferiert werden wird, eine (2.) zunehmende energiepolitische Abhängigkeit von den USA in Form von ökonomisch kostspieligen und klimapolitisch desaströsen Frackinggas-Importen sowie Energieimporten aus US-verbündeten Golfdiktaturen (Saudi-Arabien, VAE, Katar), (3.) eine verstärkte Abhängigkeit vor allem des deutschen Exportmodells vom US-Binnenmarkt, insofern die Handelsbeziehungen zu China unter der neuen Blockkonfrontation noch mehr leiden werden als jetzt schon unter den Bedingungen des gegen das „Reich der Mitte“ gerichteten US-Wirtschaftskriegs, und (4.) einer zunehmenden geopolitischen Abhängigkeit von den USA, weil eine solche neue Blockkonfrontation die internationale Ordnung zwangsläufig weiter militarisiert, zu Stellvertreterkriegen führt und die EU zwangsläufig zu einem Anhängsel der USA machen wird.

Die energiepolitische Abhängigkeit Europas bringt, insofern sie die Zeit der langfristigen Verträge und günstigen russischen Energieimporte beendet, für die USA auch den weiteren Vorteil einer deutlichen Schwächung der europäischen und namentlich deutschen Wettbewerbsfähigkeit mit sich, die zu den hohen Leistungsbilanzdefiziten der USA gegenüber Deutschland geführt hat. Der Druck der USA, sich im Namen der Ideologie „Demokratien versus Autokratien“, nicht nur von Russland, sondern auch von China abzukoppeln, würde dabei im „Erfolgsfall“ weitere dramatische Inflation, Massenarbeitslosigkeit, einen Niedergang gewerkschaftlicher Tarifverhandlungsmacht und entsprechende Einbußen in den Lohneinkommen der arbeitenden Klassen in Deutschland zur Folge haben. Der ehemalige Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz Wolfgang Ischinger hat auch in diesem Punkt vollkommen recht, als er im Interview mit der „Welt“ vom 7. Juli 2022 eindringlich darauf hinwies: Natürlich könne man sich von China abkoppeln, aber nur um den Preis einer millionenfachen Massenarbeitslosigkeit.^{xxi} 2017/2018 war es deshalb kein Zufall, dass die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel und der chinesische Präsident Xi Jinping in ihrem – letztlich gegen Trumps bilateral-transaktionistische Politik gerichteten – Lob des Multilateralismus sich rhetorisch ähnelten. Schließlich waren beide exportorientierten Wirtschafts- und Wachstumsmodelle mit ihren hohen Leistungsbilanzüberschüssen im Verhältnis zu den USA von diesen gemeint.

Die Aufnahme der Formel „liberale Demokratien versus autoritär geführte Staaten“ auch hier und heute im Auswärtigen Ausschuss ist darum nicht nur vor dem Hintergrund ihres offensichtlich kaltkriegerisch-ideologischen Charakters und den politischen Verrenkungen, zu der sie zwangsläufig führen muss, problematisch. Zunächst einmal muss auffallen, dass nicht demokratische Responsivität und liberale Werte ausschlaggebend dafür sind, wer unser Bündnispartner ist, sondern Interessen. Im Ergebnis gehören dann die Türkei, Singapur, die Golf-Diktaturen usw. zu den besten Freunden des „Westens“, die niemals Konsequenzen für die Unterdrückung der Opposition im Innern, die Verfolgung von Minderheiten, ihre Kriege usw. zu fürchten brauchen („our rogue states“). Zudem bleibt darüber stets augenscheinlich, dass der Autoritarismus/Faschismus selbst im Liberalismus steckt, weil, wie auch die kritische Politikwissenschaft lehrte (Franz Neumann, Reinhard Kühnl, usw.), wirtschaftsliberale Politik ihn immer wieder hervorgerufen hat: auf Hoovers/Brünings Austeritätspolitik folgten die Nazis, auf Obamas und David Camerons Austeritätspolitik folgten Donald Trump und Brexit, auf die Agenda 2010 die AfD, auf den EU-Fiskalpakt die Lega und nun die Faschistin Giorgia Meloni, die schwarzbraune Koalition in Österreich, der Aufstieg von Marine le Pen in Frankreich, die Rechtsentwicklung in Dänemark, usw. usf. Darüber hinaus ergibt sich das Problem mit der Formel „liberale Demokratien versus autoritär geführte Staaten“ auch im Hinblick auf die Tatsache, dass sie letztlich US-amerikanische Interessen an einer neuen Blockkonfrontation kaschiert. Dass die USA dabei in den vergangenen Jahrzehnten mit ihren Kriegen im Kosovo, im Irak usw. gezeigt haben, dass sie zu den größten Regelbrechern der „regelbasierten Weltordnung“ gehören, obschon sie selbst die

wesentlichen Spielregeln hierfür schufen, dass also auch die Ideologie, Demokratien würden keine Kriege führen, hinfällig ist, macht die Ideologie nicht glaubwürdiger. Im Ergebnis wird sie lediglich den „Westen“ hinter den USA einen und sich mit einer nicht minder widersprüchlichen, weil von China ausgehenden Alternativerzählung konfrontiert sehen: „Die Entwicklungsländer versus die neokolonial-neoimperialistischen Staaten des ‚Westens‘“. Will man einen solchen neuen Kalten Krieg mit einer Vielzahl von Atommächten?

Es ist verblüffend, dass von Deutschland, anders als etwa von der italienischen Regierung oder auch Frankreichs, bislang keinerlei Initiative ausging, zusammen mit dem UNO-Generalsekretär, den anderen BRICS-Staaten mit Einfluss auf Russland (Brasilien, Indien, China) und sowohl in der Ukraine als auch in Russland glaubwürdigen Staaten (wie der Türkei) auf einen Waffenstillstand und die anschließende Entwicklung und Umsetzung eines Friedensplans zu drängen, der in etwa dem ursprünglichen Vorschlag des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskij folgen könnte und von der UN kontrollierte Referenden nach dem Vorbild der Volksabstimmungen in Ostpreußen 1920 (über den Beitritt zum Deutschen Reich oder dem wiedergegründeten Polen) oder dem Saarland 1955 (über den Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland oder Frankreich). Gefragt werden muss, wie es dazu kommen konnte, dass die Bundesregierung sich die offiziellen Kriegsziele der USA und der ukrainischen Regierung nach einer „langfristigen Schwächung“ Russlands und die Eroberung des Donbass und der Krim-Halbinsel zueigen gemacht hat. Fest steht, dass diese Ziele nicht nur die reale Gefahr eines Dritten Weltkriegs beinhalten. Der ehemalige Brigadegeneral der Bundeswehr Helmut W. Ganser hatte völlig recht, als er angesichts der jüngsten Zuspitzungen warnte: „Wer weiterhin die vollständige Rückeroberung der besetzten Gebiete propagiert, sollte nicht verdrängen, dass er sich damit auf die nukleare Eskalation durch Moskau hinbewegt (...). Wie weit dürfen wir uns einer nuklearen Katastrophe nähern (...)? Einige glauben offenbar, dass russische Atomschläge mit relativ geringer Sprengkraft in Kauf genommen werden könnten und blenden völlig aus, dass wir alle mit dem Bruch des nuklearen Tabus in eine völlig andere strategische Welt eintreten würden.“^{xxxii} Selbst der NATO-Generalsekretär Stoltenberg machte im Juni 2022 deutlich, dass Territorialverluste angesichts der russischen Eskalationsdominanz und angesichts des Kriegsverlaufs wahrscheinlicher gewordenen atomaren Eskalation seitens Russlands das kleinere Übel seien, als er in seiner Rede in Finnland sagte: "‘peace is possible’ [is] not the question anyway, the question is: what price are you willing to pay for peace? How much territory? How much independence? How much sovereignty? How much freedom? How much democracy are you willing to sacrifice for peace?" Das Beispiel Finnland nach dem Zweiten Weltkrieg, als das nordeuropäische Land in einem schweren Verteidigungskrieg seine Unabhängigkeit erhielt, aber die territoriale Kontrolle über Karelien und Petsamo verlor, sei eine historische Vergleichsfolie (...).“ Der „Kompromiss“, der damals im Zuge der Friedensverhandlungen ausgehandelt

worden sei, habe schließlich „die historischen Grundlagen für das unabhängige und moderne Finnland gelegt, wie wir es heute kennen.“^{xxiii}

Unabhängig davon aber, wie sehr eine atomare Weltkriegseskalation im Ukrainekrieg eingelagert ist, umso länger er anhält – man stelle sich einmal vor, was passiert, wenn es zum russischen Einsatz von Atomwaffen kommt oder die US-amerikanischen und britischen Ausbilder, die sich in der Ukraine befinden, von einem Luftschlag getötet würden –, ist es nicht von der Hand zu weisen, dass eine Rückeroberung sowohl der abtrünnigen, russlandorientierten und jetzt von Russland annektierten Gebiete im Donbass als auch der Krim sich voraussichtlich über Jahre eines „Abnutzungskriegs“ hinziehen dürfte. Genau dies ist das erklärte Ziel der USA: dass Russland „dauerhaft geschwächt“ wird. Dieses Ziel kann aber zum einen nicht im Interesse Deutschlands und Europas sein, weil klar ist, dass die Politik der fiskalischen Expansion so wie heute im Rahmen der Energiepreisbremse und Nothilfeprogramme für Unternehmen und Bevölkerung vielleicht ein Jahr oder zwei Jahre sich dem Prozess der Deindustrialisierung und Massenverarmung entgegen stellen kann, aber sicherlich nicht länger. Wer also die Deindustrialisierung abwenden will, muss heute, solange die Kriegslage ein noch ein Möglichkeitsfenster bietet, auf einen Waffenstillstand und für alle annehmbare und gesichtswahrende Verhandlungen drängen.

Im Übrigen muss man sich auch klar machen, dass mit der Aussicht auf einen anhalten Krieg neben der Wahrscheinlichkeit der atomaren Eskalation – mit der Annexion durch Russland stehen die eroberten Territorien nun auch brandgefährlich unter Russlands Atomschutzschild – vor allem die Wahrscheinlichkeit von Hungerkatastrophen und rasch ethnisierten und konfessionalisierten und dann gewaltförmig ausgetragenen Verteilungskonflikten in den schwachen Staaten des globalen Südens (namentlich in Afrika) dramatisch ansteigt, weil diese Staaten anders als die starken Staaten im Norden nicht in der Lage sein werden die Verteuerung von Energie, Grundnahrungsmittel usw. durch hohe Staatssubventionen abzufedern. Der Nexus von Verteilungskonflikten, Bürgerkriegen, die sich zu Stellvertreterkriegen ausweiten, Staatszerfallsprozessen, die Rekordzahl an Menschen, die hierdurch zur Flucht gezwungen sind und von der extremen Rechten genutzt werden, um über rassistische Stimmungen an die Macht zu kommen, ist seit dem Arabischen Frühling bekannt. Ein sich hinziehender Krieg in der Ukraine wird nicht nur auf dem Rücken der ukrainischen Zivilbevölkerung diesen Krieg verlängern, sondern birgt eine entsprechende Wiederholung von Geschichte in sich, die unbedingt zu verhindern ist.

Die Frage muss gestellt werden, wie es möglich wurde, dass die neue Bundesregierung heute in dieser Weise und so stark US-amerikanischen Außenpolitikzielen folgt, die nicht im Interesse des Machtblocks in Deutschland und der in ihm dominanten transnationalen Kapitalfraktionen ist. Es scheint, dass Russlands Überfall auf die Ukraine aus deutscher und westeuropäischer Sicht zur Unzeit erfolgte: Der konservative französische Präsident Emmanuel Macron war seinerzeit innenpolitisch durch seine

neoliberalen (Arbeitsmarkt- u.a.) Reformen und seine Unterdrückung der sich hiergegen richtenden Proteste (Gelbwestenbewegung) stark geschwächt und sah einer heiklen Wiederwahlkampagne entgegen. Gleichzeitig folgte in Deutschland nach 16 Jahren Regierung durch Angela Merkel und schwierigen Koalitionsverhandlungen, in denen er zunächst keine Rolle spielte, mit dem früheren Bundesfinanzminister Olaf Scholz ein außenpolitisch recht unerfahrener Politiker ins Amt des deutschen Bundeskanzlers. Die neue Regierung war eigentlich von Tag 1 im absoluten Krisenmodus. Hinzu kommt wohl: Während innerparteilich der russische Überfall den Patt zwischen Wandel-durch-Handel- und traditioneller SPD-Entspannungspolitik einerseits und den Transatlantiker:innen und Menschenrechtlern andererseits zuungunsten Ersterer aufhob, fand Scholz mit der grünen Außenministerin, dem grünen Wirtschafts- und Energieministerium, dem liberalen Verteidigungsministerium und einer stark grünliberal orientierten Medienlandschaft ein eindeutig transatlantisch ausgerichtetes Umfeld vor, das ihn in Sachen Logik des Militärischen (Waffenlieferungen usw.) bald vor sich hertrieb. Zugleich waren und sind sowohl Macron als auch Scholz mit erheblichem, auch moralischen Druck aus den USA, der Ukraine und den osteuropäischen NATO- und EU-Mitgliedsstaaten konfrontiert, weshalb beide angesichts der Fragmentierungstendenzen der EU wohl neben dem Streit um die Euro-/Coronabonds und der Rechtsstaatlichkeit (Polen, Ungarn) nicht noch eine dritte Konfrontationslinie mit den osteuropäischen EU-Mitgliedern riskieren wollten.

Fatal ist, dass im Ergebnis Deutschland und die Europäische Union sowohl im Hinblick auf die Vorgeschichte des Ukrainekriegs als auch heute sich selbst dadurch schaden, dass sie sich in ihrer Außenpolitik viel zu eng an die USA anlehnen. Die Debatte über den Weg in den Krieg ist bis heute tabuisiert. Sicher: Russland trägt die alleinige Verantwortung für den Krieg. Die hilflosen Versuche ihn zu rechtfertigen, sind billige Kriegslügen, und Russland hat nicht einmal in Ansätzen versucht, Belege für die vorgeschobenen Gründe für den Überfall zu liefern. Russland handelt schlicht im Modus des Rechts des Stärkeren, der die „Schwäche“, d.h. die Vernunft der USA und des „Westens“, ausnutzte, für die Ukraine keinen Atomkrieg zu riskieren und von Anfang an die Involvierung eigener Truppen auszuschließen. Das Möglichkeitsfenster glaubte die russische Regierung offenbar nutzen zu können, um in einem schnellen Krieg die Bündisneutralität der Ukraine zu erzwingen. Der Widerstand der Bevölkerung, an dem sich auch viele der linken Partner der Rosa-Luxemburg-Stiftung in der Ukraine beteiligen, hat ein solches Szenario verhindert.

Nichtsdestotrotz haben Wolfgang Ischinger und der ehemalige stellvertretende EU-Kommissionspräsident und EU-Kommissar für die Osterweiterung, Günter Verheugen (FDP, später SPD), in ihren Einschätzungen Recht, dass dieser Krieg verhindert hätte werden können und eine Vorgeschichte hat, die berücksichtigen muss, wer einen nüchternen Blick auf diesen Krieg werfen, um so hieraus realistische Handlungsstrategien für Frieden in Europa abzuleiten.

Auf russischer Seite gehört zur Vorgeschichte die Verwandlung der Machtelite und des Staates. Nach den turbulenten Jahren der Schockprivatisierungen in der Jelzin-Ära (1991-1999) markierte die Präsidentschaft von Wladimir Putin den Versuch, die steigenden Rohstoffpreise für eine Diversifizierung der auf Rohstoff- und Rüstungsexport fußenden russischen Wirtschaft zu nutzen. Damit einherging der autoritäre Umbau des Staates. Die im Zuge der Schockprivatisierungen der Jelzin-Ära entstandenen Milliardäre („Oligarchen“) ließ die Regierung gewähren, solange sie sich aus der Politik heraushielten und bloß den Wohlstand der Nation in westlichen Steueroasen, Immobilien usw. parkten. Dass angesichts der Verheerungen unter Jelzin die liberale Demokratie und der Raubtierkapitalismus zu Synonymen wurden, die dem Autoritarismus eine innenpolitische Basis schufen, gehört zu den besonderen Tragiken Russlands. Die wirtschaftlichen Umbauversuche jedoch scheiterten. Im Nachgang der globalen Finanzkrise kam es zu massiven Sozialkürzungen. Besonders einschneidend war die immens unpopuläre Rentenreform von 2018, die das Renteneintrittsalter auf 65 an hob. Während die große Mehrheit den außenpolitischen Kurs der Regierung stützte, lehnten Mehrheiten die höchst umstrittenen Sozialkürzungen ab. Der Krieg nach außen war und ist also auch eine Möglichkeit vom Scheitern im Innern abzulenken. Der US-amerikanische Historiker Charles Beard nannte so etwas die „Ablenkungsstrategie“; Lenin sprach von „Jingoismus“.

Aber auch der „Westen“ trägt einen Anteil am Krieg. Über die Jahre bemühte sich Russland mehrfach selbst um Aufnahme in die NATO oder ein System gemeinsamer kollektiver Sicherheit. Bei seiner Rede im Deutschen Bundestag am 25. September 2001 stieß Wladimir Putin auf die Begeisterung aller Parteien; und noch 2010 formulierte er die Vision einer gemeinsamen eurasischen Wirtschaftszone „von Lissabon bis Wladiwostok“. Wolfgang Ischinger, ehemaliger US-Botschafter und Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz, bezeichnet den aggressiven US-amerikanischen Versuch, auf dem NATO-Gipfel in Bukarest 2008 sowohl die Ukraine als auch Georgien – durchaus gegen den Willen Deutschlands und Frankreichs – in das westliche Militärbündnis aufzunehmen, als „Sündenfall“. Damals verpflichtete die ukrainische Verfassung das Land noch auf Bündnisneutralität. Putin habe, so Ischinger, noch ein Jahr zuvor vor einer solchen Vertiefung der NATO-Osterweiterung gewarnt. Danach begann die russische Destabilisierungspolitik in Georgien (Abtrennung von Südossetien und Abchasien), um eine Konkretisierung eines solchen Aufnahmeverfahrens zu verhindern. Im gleichen Geist habe die Putin-Regierung dann 2014 auch die „Volksrepubliken“ in Donezk und Luhansk unterstützt und die Krim annektiert, da die NATO keine Staaten im Konflikt aufnimmt.^{xxiv}

Auch der ehemalige stellvertretende EU-Kommissionspräsident und EU-Kommissar für die Osterweiterung, Günter Verheugen, sieht einen Grund für die „neue Ost-West-Konfrontation“ darin, „dass die EU mehr und mehr der US-amerikanischen Linie folgte (...), langfristig Russland so zu schwächen, dass es nicht wieder zum Rivalen werden“ könne. Verheugen kritisiert, dass seine Nachfolger die „östliche Partnerschaft“ der EU ab 2007 ohne Russland durchführten und auch spätere

russische Bemühungen in diese Richtung ignorierten. Der Gegensatz zwischen US- und westeuropäischen Interessen sei darin gegipfelt, dass sich die EU „im Jahr 2013 an einer Regimechange-Operation in der Ukraine“ beteiligt habe, die US-Interessen, aber nicht unbedingt westeuropäischen gedient habe.^{xxv}

Ob es den transnational orientierten Kapitalfraktionen im Machtblock in Deutschland gelingen wird, diesem – innenpolitisch durch die grünen Außen- sowie Wirtschafts- und Energieministerien und außenpolitisch durch Osteuropa in die EU übersetzten – Druck aus den USA standzuhalten, ist eine offene Frage. Insofern in der Ukraine mit der Zielsetzung der Rückeroberung der Weg einer Logik des Militärischen beschritten ist, scheint ein Abnutzungskrieg mit hohem Eskalationspotenzial und einer dann unabwendbaren (Teil-)Deindustrialisierung unabwendbar. Die Wahrscheinlichkeit ist hoch, dass es im Ergebnis des Ukrainekriegs zu einem neuen Kalten Krieg und einer bipolaren Weltordnung mit den Hochtechnologiestandorten USA und China an der Spitze und der EU und Russland als jeweilige stark geschwächte Anhängsel.

Die neue Blockkonfrontation dürfte dann mehrere Dimensionen haben: (1.) gefestigte politisch-militärische Allianzen (NATO, AUKUS usw.), die einerseits von den USA und andererseits von China und Russland angeführt werden, (2.) bipolare Lieferketten-Allianzen entlang der Hierarchien der internationalen Arbeitsteilung mit den Hochtechnologierivalen USA und China als jeweiligen Führungsnationen, (3.) entsprechend eine partielle strategische Renationalisierung von Industriepolitik und Renaissance von Autarkiedenken, dazu (4.) entsprechende Finanzarchitekturen mit einem regional gestärkten Dollar einerseits und intensivierten Versuchen, sich vom Dollar als Weltwährung abzukoppeln, (5.) eine ideologische Bipolarität, die vom nun wieder viel stärker hinter den USA geeinten „Westen“ aus dann also mit dem Gegensatz von „liberalen Demokratien“ vs. „Autokratien“ und von der anderen Seite mit der Entgegensetzung von Entwicklungsländern und neokolonialistischen Staaten ausgefochten werden wird. Die neue Blockkonfrontation wird dabei, wie gesagt, (6.) zwangsläufig mit neuen Stellvertreterkriegen an den Rändern der ökonomisch-politisch-militärischen Blöcke einhergehen, die grundsätzlich immer auch das Potenzial einer überregionalen Ausweitung implizieren. Ähnliche Wirkungsketten wie die zwischen Verteilungskonflikten, Staatszerfall, Fluchtbewegungen und Aufstieg des rechtsautoritären Nationalismus sind dabei auch im Ergebnis regionaler Auswirkungen der laufenden Klimakatastrophe zu erwarten. Letztere wird zwangsläufig eskalieren, weil ein globaler Klimamultilateralismus unter Einschluss Chinas die absolut notwendige Voraussetzung für ihre Abwendung wäre, und weil das neue globale Wettrüsten die unbedingt nötigen Finanzressourcen für die Bekämpfung des Klimawandels und Klimaanpassung bindet.

Als Mensch, der auf der politischen Linken beheimatet ist, ist man es gewohnt, in radikal demokratischer, sozialistischer Perspektive und damit aus der Perspektive der unteren, arbeitenden

Gesellschaftsklassen auf die Welt zu blicken. Der Interessengegensatz zwischen Deutschland und den USA, das heißt zwischen den jeweiligen Machtblöcken und in ihnen dominanten transnationalen Kapitalfraktionen, geht die Linke jedoch auch und gerade deshalb etwas an und muss benannt werden. Eine Deindustrialisierung Deutschlands und (West-)Europas, der Verlust der industriellen Basis, wäre gleichbedeutend mit dem Ende der wertbildenden Industrieproduktion, die die materielle Grundlage nicht nur des Wohlstands der Volksmassen, sondern auch der gewerkschaftlichen Organisations-, Produktions- und Marktmacht ist. Der Verlust der industriellen Basis wäre damit also gleichbedeutend mit dem Abbau der letzten Reste von Sozialstaatlichkeit. Insofern aber der Wohlfahrtsstaat historisch die Grundlage gewesen ist für die Anerkennung der liberalen Demokratie in der Bundesrepublik, wäre Letztere noch stärker bedroht als heute schon. Deindustrialisierung und ein Ende des Sozialstaats würden alle damit verbundenen Entwicklungen potenzieren. In diesem Sinne ist jenseits des Interessengegensatzes zwischen Deutschland und den USA die Entwicklung einer Politik der strategischen Autonomie Europas von links eine ganz wesentliche Aufgabe auch für einen Antifaschismus, der diesen Namen verdient.

ⁱ Heiko Maas u. Jean-Yves Le Drian, "Wer, wenn nicht wir?", in: Süddeutsche Zeitung, 14.2.2019, Link: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/maas-le-drian-sueddeutsche/2189378>.

ⁱⁱ Deutsche Presse-Agentur, „Schröder: Habe auch gegen Völkerrecht verstoßen“, in: Merkur, 9.3.2014, Link: <https://www.merkur.de/politik/krim-krise-altkanzler-schroeder-kritisiert-ukraine-politik-zr-3405895.html>.

ⁱⁱⁱ Helmut Philipp Aust, „Völkerrechtswidrigkeit benennen: Warum die Bundesregierung ihre Verbündeten für den Syrien-Luftangriff kritisieren sollte“, in: VerfBlog, 2018/4/16, Link: <https://verfassungsblog.de/voelkerrechtswidrigkeit-benennen-warum-die-bundesregierung-ihre-verbuedeten-fuer-den-syrien-luftangriff-kritisieren-sollte/>.

^{iv} Matthias Gebauer, „Verstoß gegen das Völkerrecht: Bundestags-Gutachten verurteilt Vergeltungsschlag in Syrien“, in: Der SPIEGEL, 20.4.2018, Link: <https://www.spiegel.de/politik/ausland/syrien-bundestags-gutachten-verurteilt-vergeltungsschlag-von-usa-und-co-a-1204004.html>.

^v Helmut Philipp Aust, „Völkerrechtswidrigkeit benennen: Warum die Bundesregierung ihre Verbündeten für den Syrien-Luftangriff kritisieren sollte“, in: VerfBlog, 2018/4/16, Link: <https://verfassungsblog.de/voelkerrechtswidrigkeit-benennen-warum-die-bundesregierung-ihre-verbuedeten-fuer-den-syrien-luftangriff-kritisieren-sollte/>.

^{vi} Jürgen Habermas, „Krieg und Empörung“, Gastbeitrag, in: Süddeutsche Zeitung, 28.4.2022, Link: <https://www.sueddeutsche.de/projekte/artikel/kultur/das-dilemma-des-westens-juergen-habermas-zum-krieg-in-der-ukraine-e068321/?reduced=true>.

^{vii} Link: <https://twitter.com/abaerbock/status/1499743150109249540?lang=de>

^{viii} Gerd Höhler, „Militäroffensive der Türkei: Erdogan will ‚Köpfe zermalmen‘“, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 21.4.2022, Link: <https://www.waz.de/politik/tuerkei-erdogan-pkk-irak-syrien-ukraine-krieg-id235128005.html>.

^{ix} Zit.n. Sebastian Huld, „Grüne wenden auch bei Rüstungsexporten Streit ab“, in: ntv (Online), 15.10.2022, Link: <https://www.n-tv.de/politik/Gruene-wenden-auch-bei-Ruestungsexporten-Streit-ab-article23653072.html>.

^x „Inflationsrate steigt auf 10,0 Prozent“, in: Tagesschau (Online), 29.9.2022, Link: <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/verbraucher/inflation-deutschland-september-101.html>.

^{xi} Deutsche Presse-Agentur, „Studie zu steigenden Preisen: 60 Prozent der deutschen Haushalte müssen jeden Monat ihr ganzes Einkommen (und mehr) ausgeben“, in: Stern, 13.9.2022, Link: <https://www.stern.de/wirtschaft/news/preissteigerung--sparen-fuer-60-prozent-aller-haushalte-unmoeglich-32722582.html>.

^{xii} Deutsche Presse-Agentur, „Fast jeder dritte Haushalt in Deutschland ohne Ersparnisse“, in: ZEIT ONLINE, 1.7.2022

-
- xiii Moritz Serif, „Tafeln in der Krise: ‚Wir schicken jede Woche Leute nach Hause‘“, in: Frankfurter Rundschau, 28.9.2022, Link: <https://www.fr.de/politik/wir-schicken-jede-woche-leute-nach-hause-unklar-wie-lange-tafeln-noch-durchhalten-zr-91817823.html>.
- xiv Moritz Serif, „Tafeln am Limit: Drohen Schließungen? ‚Das ist eine berechnete Frage‘“, in: Frankfurter Rundschau, 16.9.2022, Link: <https://www.fr.de/politik/tafeln-limit-schliessungen-energiekrise-inflation-steigende-preise-strom-gas-news-91787345.html>.
- xv Jörg Lau, „‚Regelbasierte Weltordnung‘ – In 80 Phrasen um die Welt“, in: *Internationale Politik: Das Magazin für globales Denken*, Juli/August 2020, S.13.
- xvi Jörg Lau, „‚Regelbasierte Weltordnung‘ – In 80 Phrasen um die Welt“, in: *Internationale Politik: Das Magazin für globales Denken*, Juli/August 2020, S.13.
- xvii Deutsche Presse-Agentur, „‚Wird Russland ruiniert‘ – Baerbock bestätigt EU-Sanktionen gegen Putin und Lawrow“, in: DIE WELT, 25.2.2022, Link: <https://www.welt.de/politik/ausland/article237145901/Ukraine-Krieg-Baerbock-bestaetigt-EU-Sanktionen-gegen-Putin-und-Lawrow.html>.
- xviii Axel Wolfgruber, „Baerbock will, dass Russland ‚jahrelang nicht mehr auf die Beine kommt‘“, in: Focus, 2.5.2022, Link: https://www.focus.de/kultur/kino_tv/tv-kolumne-anne-will-baerbock-will-dass-russland-nicht-mehr-auf-die-beine-kommt_id_92735159.html.
- xix J. Oliver Conroy u. Philip Oltermann, „Vladimir Putin ‘cannot remain in power’ Joe Biden says in Warsaw speech“, in: The Guardian, 26.3.2022, Link: <https://www.theguardian.com/world/2022/mar/26/biden-tells-west-to-prepare-for-long-fight-ahead-in-warsaw-speech>.
- xx „Macron nennt NATO ‚hirntot‘“, in: [Tagesschau.de](https://www.tagesschau.de), 7.11.2019, Link: <https://www.tagesschau.de/ausland/macron-nato-101.html>.
- xxi Wolfgang Ischinger, „Abwendung von China? ‚Wenn wir hier Massenarbeitslosigkeit wollen, dann bitte schön‘“, in: DIE WELT, 7.7.2022, Link: <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus239780205/Wolfgang-Ischinger-Abwendung-von-China-Wenn-wir-hier-Massenarbeitslosigkeit-wollen-dann-bitte-schoen.html>.
- xxii Helmut W. Ganser, „Unfassbare Nonchalance“, in: taz, 7.10.2022, Link: <https://taz.de/Perspektiven-im-Ukraine-Krieg/!5882645/>.
- xxiii Jens Stoltenberg, „Speech by NATO Secretary General Jens Stoltenberg at the Kultaranta talks in Finland“, 12. Juni 2022, Link: https://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions_196300.htm?selectedLocale=en&fbclid=IwAR2hbYCoEVRAujr1Cu_u1ny-syGHeM_vj5b9OwOBWmpV5SPJAlqdVTKE2l.
- xxiv Wolfgang Ischinger, „Was jetzt zu tun ist“, in: Süddeutsche Zeitung, 30.12.2021, Link: <https://www.sueddeutsche.de/meinung/nato-russland-ukraine-osze-putin-1.5498706?reduced=true>.
- xxv Günter Verheugen, „Wir müssen bereit sein, Russland wieder die Hand zu reichen“, in: ND, 3.4.2022, Link: <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1162663.eu-russland-konflikt-wir-muessen-bereit-sein-russland-wieder-die-hand-zu-reichen.html>.